

Antrag

zur Sitzung der Gemeindevertretung am 10.12.2020

Nummer: 64/2020.12

eingereicht am 01.12.2020

Antragsgegenstand: Haushalt 2021

Beschlussvorschlag:

Ergebnishaushalt 2021

Ansätze in Euro

Ordentliche Aufwendungen

1. Produkt Personal 2201
Personalaufwendungen (Pos. 11)
Pool- bzw. Reservestelle -60.000
(entsprechend Streichung im Stellenplan)

Investitionsprogramm 2021

Sperrvermerk

2. Produkt Bauhof 4000
Vorhaben / Auszahlung
4000001004 **Anschaffung Multifunktionsfahrzeug**
Ansatz 2021 gesamt 120.000 Euro
Sperrvermerk
3. Produkt Verkehrsflächen und Anlagen 3601
Vorhaben / Auszahlung
3601010035 **Maßnahmen für den ruhenden Verkehr**
Ansatz 2021 gesamt 80.000 Euro
Sperrvermerk über einen Teilbetrag von 60.000 Euro

Begründung:

- * 1 Für diese neu zu schaffende Stelle fehlen eine Zuordnung zu einer konkreten Tätigkeit und eine Stellenbeschreibung als Grundlage für eine Eingruppierung im Tarifsysteem. Es ist zweifelhaft, ob sich ohne klare Aufgabenbeschreibung leichter Personal finden lässt als für eine konkret zu benennende Vertretungsaufgabe. Angesichts der gemeindlichen Haushaltsituation ist die Finanzierung einer 'Pool- bzw. Reservestelle' quasi als Spielbein der Verwaltung nicht vertretbar.
- * 2 Die geplante Investition ist wirtschaftlich nur schwer vertretbar. Es fehlen: Wirtschaftlichkeitsberechnung mit Folgekosten für Betrieb, Wartung, Versicherung, Abschreibungsfrist und Schulungskosten für Personal.
Es bleiben Zweifel, ob hier nicht lediglich ein Ersatz für die im letzten Jahr durch das Parlament mehrheitlich abgelehnte 'Kehrmaschine' beschafft werden soll. Immerhin standen in der Entwurfsfassung des Haushaltsplans 2021 noch die Bergiffe 'Kehrmaschine' und der Finanzierungsbetrag entspricht dem Entwurfsansatz beim Haushalt 2020 dafür exakt.
Der geplante Ortstermin des PLU-Ausschusses bietet Gelegenheit, uns einen Überblick über den Fuhrpark zu verschaffen und Bedarf und Einsatzmöglichkeiten besser einschätzen zu können. Deshalb macht ein Sperrvermerk Sinn.
- * 3 Vor einer Mittelfreigabe für den ruhenden Verkehr in Höhe von geschätzt 60.000 Euro aus dem Etatansatz sollten die beabsichtigten Maßnahmen auf einer Bürgerversammlung öffentlich diskutiert werden.

Ulrich Friedrich Koch